



Stadtinfo Nr. 1

Juni 2011



Guten Tag.

Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der *MARBURGER LINKEN* und Mitglied der DKP.

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich selbst für besonders wichtig halte.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, zum Beispiel auch hier beim Flugblatt-Verteilen.

Noch ein Abriss

Wieder einmal soll in Marburg wertvolle Bausubstanz beseitigt werden: Die Deutsche Rentenversicherung will die Klinik Sonnenblick abreißen und neu errichten. Das Gebäude, Anfang der dreißiger Jahre erstellt, ist eines der wenigen Marburger Beispiele für den damaligen Baustil. Die *MARBURGER LINKE* hatte beantragt, es unter Denkmalschutz stellen zu lassen. Der Magistrat lehnte ab, unter Hinweis darauf, dass das Landesamt für Denkmalpflege Hessen hierfür keinen Anlass sehe. Letztgenannte Behörde hat in jüngster Zeit viel von ihrer Autorität eingebüßt – denken wir an ihre Zustimmung zum Abriss des Hauses Rosenstraße 9.

Neben dem Denkmalschutz gibt es einen zweiten Aspekt, der zu beachten ist: die Schaffung von Wohnraum. Damit sieht es in Marburg nämlich nicht gut aus, und im Bereich Sonnenblick ließe sich etwas machen.

Zu Beginn des Wintersemesters 2011/2012 wird die Stadt eine sehr viel höhere Anzahl an Studierenden begrüßen dürfen, nicht zuletzt wegen der verkürzten Gymnasialzeit (G 8) und des Wegfalls des Wehr- und Er-

satzdienstes. Nicht einmal die Philipps-Universität verschließt davor die Augen und richtet in ihren Fachbereichen zusätzliche Lehrkapazitäten ein. Außerdem kommt es im Zuge der Campus Firmanei-Gestaltung zum Wegfall des jetzigen Schwesternwohnheims. Von daher bietet sich die Umgestaltung des bestehenden Gebäudes im Bereich Sonnenblick für Wohnraum geradezu an – zumal die jetzt schon vorhandene Wohnungsnot für Studierende und auch für Auszubildende in der Krankenpflege nicht kurzfristig durch Neubauten behoben werden kann. Nicht zuletzt deshalb hat die *MARBURGER LINKE* in der vergangenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in einem Dringlichkeitsantrag vorgeschlagen, sich dieses Anliegens anzunehmen und den bereits im Dezember gefassten Beschluss, „den Erhalt des historischen Gebäudes für studentisches oder Ausbildungswohnen anzustreben“ (Beschluss vom 17.12. 2010 der STVV), umzusetzen. Dringlich war die Angelegenheit deshalb, weil die Stadtverordnetenversammlung im Juli nicht tagt und deshalb zu fürchten ist, dass in dieser Zeit der Magistrat und die

Deutsche Rentenversicherung unwider-
rufliche Tatsachen schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung –
vorneweg wieder Rotgrün – hat unse-
ren Antrag abgelehnt. Es ging ja nur
um die Schaffung von bezahlbarem

Wohnraum und nicht um die dringen-
den Bedürfnisse des Milliardärs Pohl
und seiner Deutschen Vermögensbera-
tung AG.

Vaupel trickst weiter

Am 27. Mai 2011 hat Oberbürgermeis-
ter Egon Vaupel in seiner Eigenschaft
als Kämmerer einen Nachtragshaushalt
für das Jahr 2011 eingebracht. Das
war abzusehen: Vaupel hat sich wieder
einmal verschätzt. Außerdem haben
seine ständigen Trickserien aus der
Vergangenheit jetzt ein solches Nach-
karten erforderlich gemacht.

Der Oberbürgermeister hält sich für
einen Meister der Haushaltspolitik. Da-
ran ist so viel richtig, dass er den Etat
immer wieder zum Anlass nimmt, mit
der Stadtverordnetenversammlung
Schlitten zu fahren.

Ende 2009 hat er seinen längst einge-
brachten Haushaltsentwurf kurzerhand
umgeworfen, weil SPD und Grüne sich
nicht einig wurden. Kurz danach kam
er auf die Idee, er brauche einen Dop-
pelhaushalt für zwei Jahre, da die wirt-
schaftliche Lage so unsicher sei.

Als der Etat schließlich verabschiedet
war, hatte Vaupel wieder einmal die zu
erwartenden Einnahmen zu niedrig
angesetzt. Deshalb also wird jetzt ein
Nachtragshaushalt nötig.

Im Doppelhaushalt 2010/2011 standen
ein paar Sachen, die dem Oberbür-
germeister nicht gefielen. Eine Mehr-
heit aus CDU, FDP, Marburger Bürger-
liste und MARBURGER LINKE hatte ei-
ne Sporthalle für Michelbach, die Aus-
stattung der Ortsbeiräte mit einem
Euro pro Einwohner(in), das zweite
kostenlose Kindergartenjahr und die
Stelle eines Sozialplaners in den Etat
gesetzt. Egon Vaupel und seiner rosa-
grünen Koalition passte das nicht.
Ihnen fiel deshalb ein, dass ein Haus-
haltsplan ja nur eine Ermächtigung sei,
nicht aber eine Verpflichtung. Dort
stehe drin, was der Kämmerer ausge-
ben darf, aber nicht, was er ausgeben
muss. Und zur Einführung des kosten-

losen zweiten Kindergartenjahres fühlt
sich die Koalition eben nicht verpflich-
tet.

Konsequenterweise fehlen im Entwurf
des Nachtragshaushalts alle die sinn-
vollen Dinge, die 2010 beschlossen
wurden.

Die DKP Marburg-Biedenkopf begrüßt,
dass die Bündnisliste *MARBURGER
LINKE* sich davon nicht abschrecken
lässt, sondern u. a. die bessere Aus-
stattung der Ortsbeiräte und den kos-
tenlosen Besuch der Kindertagesstät-
ten generell in ihre Gegenvorschläge
für den Nachtragshaushalt aufgenom-
men hat sowie eine Erhöhung der Ge-
werbsteuer fordert. In der Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 17.
Juni hat diese Fraktion überdies bean-
tragt, dass die Stelle des Sozialplaners
endlich ausgeschrieben wird. Selbst-
verständlich wurde das abgelehnt.

Soll das denn nun fünf Jahre so weiter
gehen? Gemach! Zwar hat Rotgrün
seine Mehrheit am 27. März ausge-
baut, aber was die beiden Parteien
damit auf Dauer anfangen können,
muss sich noch zeigen. Dass die Koali-
tion noch gar keine Koalition ist, weil
sie sich schon wieder über ihren künf-
tigen Weg streitet, ist ein erstes Anzei-
chen für künftige Schwierigkeiten. Und
in der SPD tobt hinter den Kulissen ein
Hauen und Stechen über Ausschuss-
Vorsitze und andere Pöstchen.

Eine fitte Opposition wird also wohl
schon bald Gelegenheit finden, den
inneren Zusammenhalt einer künftigen
Koalition, in der nicht alle Stadtverord-
neten so unsozial sind wie der Entwurf
des Nachtragshaushalts, auf die Probe
zu stellen.